

## **Bibliotheksverbände, Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger und Börsenverein: Gemeinsame Charta zum Verständnis von § 52a UrhG**

Bibliotheken und Verlage sind Dienstleister für Forschung und Bildung. Sie eint das Interesse, qualitätsvolle und strukturierte Informationen für die Nutzer bereitzuhalten bzw. herzustellen. Das Urheberrecht ist hierbei eine wichtige Voraussetzung, indem es für einen fairen Ausgleich zwischen denen sorgt, die solche Informationen erstellen, und denen, die sie nutzen. Bibliotheken und Verlage wollen deshalb auch in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Förderung des Urheberrechts-Bewusstseins ergreifen.

Im Hinblick auf die aufgrund des neuen § 52a UrhG stattfindenden Nutzungen werden sie gemeinsam darauf hinwirken, dass die nachfolgenden Grundsätze beachtet werden:

- 1.** Auch im Zeitalter digitaler Bereitstellung bleibt die Literaturversorgung vor Ort von grundlegender Bedeutung. Regelmäßig gebrauchte Literatur in elektronischer Form muss über lokale Lizenzen oder durch Beteiligung an Konsortien zugänglich gemacht werden. Einsparungen an der Grundlagenversorgung gehen zu Lasten der Qualität der Hochschulstandorte und gefährden die Studien- und Forschungsmöglichkeiten. Derartige negative Folgen können nicht durch eine Anwendung des § 52a UrhG umgangen werden. Denn nur vor Ort vorhandene Literatur kann im Rahmen der Ausnahmeregelungen des § 52a digitalisiert und zugänglich gemacht werden. Die öffentliche Zugänglichmachung unter § 52a von Kopien, die im Rahmen des § 53 UrhG hergestellt wurden, ist nicht erlaubt. Sie bedarf der Zustimmung des Rechteinhabers, wenn nicht weitere Ausnahmeregelungen (z.B. Verwendung für Behinderte) sie ausdrücklich erlauben.
- 2.** Eine öffentliche Zugänglichmachung gemäß § 52a muss stets „zu dem jeweiligen Zweck geboten“ sein. Dies ist nicht der Fall, wenn das fragliche Werk bzw. der Werkteil in zumutbarer Weise vom Rechteinhaber in digitaler Form zur Nutzung in Netzwerken angeboten wird.
- 3.** Ein „bestimmt abgrenzbarer Personenkreis“ liegt nur vor, wenn das Werk oder der Werkteil ausschließlich in einem Netzwerk genutzt wird, in dem der Zugriff seitens nichtbegünstigter Personen durch technische Schutzmaßnahmen ausgeschlossen wird. In Bildungseinrichtungen sind begünstigt die Teilnehmer einer Klasse, eines Kurses, einer Vorlesung oder eines Seminars, die einen bestimmten Gegenstand im Unterricht behandeln; in Forschungseinrichtungen sind es Personen, die gemeinsam an einem eng umgrenzbaren Forschungsgebiet arbeiten.

4. Die Bibliotheken werden bei der Bereitstellung von Dateien für Nutzungen unter § 52a UrhG in geeigneter Weise darauf hinweisen, dass die Vorschrift nicht zu einer dauerhaften Speicherung von Inhalten in einem Netzwerk berechtigt.
5. Ausgangspunkt von § 52a-Nutzungen sind nur Inhalte, zu denen ein rechtmäßiger Zugang erfolgt ist. Illegal erworbene Werkstücke bzw. -vervielfältigungen dürfen nicht öffentlich zugänglich gemacht werden.
6. Die Begrenzungen auf „Teile eines Werkes“ bzw. „kleine Teile“ dürfen nicht durch sukzessive Nutzung umgangen werden.
7. „Werke geringen Umfangs“ sind auch Bilder, Fotos und andere Abbildungen.
8. „Zur Veranschaulichung im Unterricht“ dürfen nur die Werkteile genutzt werden, die direkt in einer Unterrichtseinheit zur Verwendung kommen. Weiterführende Lektüre fällt nicht unter § 52a.
9. Die Bibliotheken werden sämtliche Werke, die sie für eine Nutzung unter § 52a zur Verfügung stellen, in geeigneter Weise mit sämtlichen Informationen registrieren, die für die Berechnung einer „angemessenen Vergütung“ der Rechteinhaber erforderlich sind.

*Erarbeitet von Vertretern der Bibliotheksverbände, der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger und des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels*

*Frankfurt am Main, 2. Oktober 2003*